

Wirtschaftsdemokratie

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreihändstr. 5

68. Jahrgang

Berlin, den 26. Februar 1930

Nummer 17

Von den Tarifverhandlungen

Auch die Verhandlungen der Tarifparteien vor dem am 21. Februar in Tätigkeit getretenen Zentralarbeitsrichtungsamt, dem von beiden Seiten nur die Kernpunkte ihrer Abänderungsanträge zu den §§ 1 bis 10 sowie 23 und 23a des bisherigen Manteltarifs unterbreitet wurden, ergaben trotz eingehender und vielstündiger Gegenüberstellung der beiderseitigen Begründungen keine Einigungsmöglichkeit. Infolgedessen trat am 22. Februar das Zentralarbeitsrichtungsamt als Schlichtungskammer in Tätigkeit, um eine Lösung oder Überbrückung der Gegensätze in den wichtigsten Punkten zu suchen. Ein Resultat dieser Beratungen liegt bei Abschluß dieser Nummer noch nicht vor.

Angewandte Wirtschaftsdemokratie

Nun sind fast anderthalb Jahre ins Land gegangen, seitdem auf dem Hamburger Kongreß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes die Demokratisierung der Wirtschaft zum wirtschaftlichen Aktionsprogramm der freien Gewerkschaften erhoben wurde. Seitdem ist die Frage über deren Zweck und Wesen dauernd in Fluß geblieben. Auf allen bedeutenden Tagungen von Unternehmern, Gewerkschaftlern und auf Kongressen von Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern wurde zu dem freigeberwirtschaftlichen Wirtschaftsprogramm Stellung genommen, teilweise fand es ganz im Mittelpunkt derartiger Veranstaltungen, ganz zu schweigen von der „literarischen Bearbeitung“, die man der geforderten Wirtschaftsdemokratisierung angebeihen ließ:

Wenn wir heute all das, was zu diesem Thema gesagt und geschrieben worden ist, betrachten, so muß schon gesagt werden, viel und Erfreuliches ist in den Debatten nicht zu Tage gefördert worden. Das hat, wie alles in der Welt, natürlich seine Gründe. Die vom Hamburger Kongreß dargelegten Tatbestände und Forderungen sind an Klarheit und Trefflichkeit nicht zu überbieten. Daß heute Tausende von Kartellen den Warenpreis festsetzen, ist eine nicht wegzuleugnende Tatsache; daß die Arbeiterkraft ihr Recht anmeldet, in diesen Körperschaften, also dort, wo der Reallohn beschlossen wird, mitzubestimmen, ist eine sich von selbst ergebende Konsequenz gewerkschaftlichen Handelns, das auf eine Steigerung des Reallohns gerichtet ist. Ebenso ist der gewaltige genossenschaftliche und gewerkschaftliche Eigenbesitz eine feststehende Tatsache und die Forderung seiner Pflege und seines Ausbaus ein Gebot gewerkschaftlichen Selbsterhaltungstriebes. Wir sehen also, viel Theorie ist hier nicht zu finden, wie das übrigens bei gewerkschaftlicher Arbeit erfreulicherweise meist nicht der Fall ist. Alle rede- und schriftüblichen Leute, die danach trachten, mit ihrem Herzblut zu beweisen, daß diese oder jene Begriffsdefinition nur zum Teil stimme, daß sie nur dann haltbar sei, wenn... usw., haben sich naturgemäß enttäuscht. Für sie gab es hier nicht viel zu tun, sie blieben einer Diskussion fern, fanden den Gegenstand nicht reizvoll genug, oder sie mußten ihn politisch anfassen, weil das ganze ja ein Kampfprogramm ist, und gerieten dabei auf die schiefere Bahn. Das scheint der Hauptgrund dafür zu sein, daß der Wissenschaftler zu der gewerkschaftlichen Kampfparole so wenig zu sagen hatte. Unsere Konkurrenten im Gewerkschaftswesen haben es sich verhältnismäßig leicht gemacht. Sie erklärten die Wirtschaftsdemokratie für ein Patent, das sie (der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften) erkunden hätten. Davon war bis dahin, also bis zu dieser Behauptung im „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“, wirklich nichts zu merken. Aber was ist gegen eine solche Behauptung schon zu machen! Man hört sie sich an und stellt fest, daß die Weltgeschichte wieder an einen Waterschaftsreit reicher ist. Wer Bescheid weiß, wird dabei dem christlichen Gesamtverbande gern befeigenen, „der ist es wirklich nicht“. Und nun zum Unternehmerlager. Dort regiert schon seit Jahren der Syndikus, Geschäftig und den Auftragsgebern jederzeit zu Gefallen, hat diese Junkt das ganze Schlagwortreißiger gezogen, um den Beifall der Offizienten zu finden. Wie hieß es da? Die Wirtschaft muß vor Experimenten verschont bleiben, ohne Unternehmerinitiative geht es nicht, das geschäftliche Leben muß vor bürokratischen Formen bewahrt bleiben usw. Das ist ja alles zur Genüge bekannt.

Jetzt scheint es, als ob das anders werden soll, als ob man genügend Abstand zu den Dingen gewonnen habe, um sich sachlich und tiefergründig damit auseinanderzusetzen zu können. Der Anfang damit ist gemacht worden, und zwar in einer Zeitschrift des bergbaulichen Unternehmertums („Glückauf“, Essen, Nr. 7 Jahrgang 1930). Der Erscheinungsort ist insofern von Bedeutung, als gerade im deutschen Bergbau durch das Kohlen- und Kaliumwirtschaftsgesetz die Demokratisierung der Wirtschaft verhältnismäßig weit vorgeschritten ist. Aber darauf geht der Verfasser des Artikels: „Angewandte Wirtschaftsdemokratie und ihre Ergebnisse“. Dr. Joseph Winkshuh, nicht ein, sondern er beschränkt seine Untersuchungen auf die Eigenbetriebe der Arbeiterbewegung und rollt von dort aus das ganze Problem der Demokratisierung der Wirtschaft auf. Hören wir nun, was Dr. Winkshuh, ein Wirtschafts- und Sozialpolitiker von Ruf, zu den wirtschaftspolitischen Bestrebungen der freien Gewerkschaften zu sagen hat.

Mit dem Unternehmerargument, die deutsche Wirtschaft könne sich Experimente nicht leisten, rechnet Dr. Winkshuh gründlich ab. Gewiß sind die gewerkschaftlichen Eigenbetriebe ein Experiment, etwas in der wirtschaftlichen Entwicklung Neues, aber, so argumentiert der Verfasser weiter, Wirtschaftsexperimente sind nur dann Anflug, „lebensgefährlich für ein Volk und seine Wirtschaft, wenn sie revolutionär, in großem Maße und ins Blaue hinein getan werden, wenn die Brücken zur Vergangenheit radikal abgerissen werden und das überkommene Wirtschaftssystem nicht als Reserve zur Befriedigung der Lebensnotdurft bleibt, auf das man sich beim Verlegen zurückziehen kann. Es sei denn, man will das Experiment als Selbstzweck, wobei es einerlei ist, wieviel Menschen und wieviel Mühe bei der Durchführung draufgehen und in der Retorte verberben, wie das im Sowjetstaat der Fall ist“. Ganz anders dagegen verhält es sich, wenn Versuche organisch aus dem bestehenden System heraus entwickelt werden und sie als Versuchskulturen eines nur verhältnismäßig kleinen Teil des Wirtschaftskreises in Anspruch nehmen. Dann gefährden sie nicht die Gesamtwirtschaft, sie stellen sich der privaten Wirtschaftsform gegenüber und nehmen mit ihr den Konkurrenzkampf auf. Dieser aber gerade stellt ein Wesensmerkmal der kapitalistischen Wirtschaft dar. Die Unternehmerpropaganda dagegen beruht auf dem Lebenskampfe des privaten Arbeitgebers, ist aber inkonsequent und deshalb falsch. Zwar handelt es sich bei den gewerkschaftseigenen Betrieben, die jedem Nationalökonom und Sozialpolitiker ein reizvolles Vergleichsobjekt mit den überkommenen Formen und Maßstäben bieten, um ein Experiment gegen den Kapitalismus, aber auch derartige Versuche sind nicht nur nicht schädlich, sondern die Gesamtwirtschaft braucht sie ebenso wie das private Unternehmertum. Man muß den Eigenbetrieben der Arbeiterkraft die Chance geben, sich zu bewähren. Gelingt es ihnen, im Konkurrenzkampfe unter gleichen Bedingungen höhere soziale und wirtschaftliche Effekte zu erzielen, dann hat der Kapitalismus keine Daseinsberechtigung mehr. Soweit Dr. Winkshuh. Wer aus der Unternehmerwelt den Wettbewerb unter gleichen Bedingungen fürchtet, hat den Glauben an die Überlegenheit der privaten Wirtschaft verloren. Das sagt Dr. Winkshuh zwar nicht mehr, aber es ist das eine selbstverständliche Schlussfolgerung seiner durchaus logischen Beweisführung. Da aber nun das Schlagwort von dem Experiment, das wir uns nicht leisten können, in der Unternehmerdistillation einen so breiten Raum einnimmt, so ist das nicht gerade ein Zeichen starken Glaubens an die private Wirtschaftsform, auch bei deren Leitern und ihren Nutznießern.

Aus dieser positiven Grundhaltung Dr. Winkshuh's, der das gemeinschaftliche Experiment für genau so notwendig erachtet wie den experimentellen Versuch in der Naturwissenschaft, resultiert aus der Erkenntnis, daß die eigenwirtschaftliche Betätigung der Gewerkschaften für diese zur Falle werden kann, nämlich dann, wenn durch sie dem Sozialismus nachgewiesen werden kann, „daß er schlechter wirtschaftet und keineswegs größere soziale Befriedigung schafft, daß er hochgepeitschte Forderungen kimmerlich oder gar nicht zu verwirklichen vermag“. Wie verhält es sich nun damit? Hier stellt Dr. Winkshuh die Frage nach den Nebenzielen der gewerkschaftlichen Unternehmungen. Es bestehen als Wirtschaftszweck nur zwei Möglichkeiten, entweder werden die in den gewerkschaftseigenen Betrieben erzielten Gewinne dazu verwandt, durch höhere Löhne oder niedrige Preise die Kaufkraft zu stärken, oder sie werden dem Gewerkschaftsvermögen zur Erhöhung des

Kampffonds zugeführt. Die Erhöhung der Gewerkschaftsvermögen kann auch die Form annehmen, daß die Eigenbetriebe verbessert oder erweitert werden. In diesem so sichtbar werdenden Effekt ist zu messen und zu erweisen, ob die Privatwirtschaft schlechter arbeitet als der „sozialistische Eigenbetrieb“. Winkshuh verneint es. Seine Begründung dafür aber ist nicht nur lächerlich, sondern teilweise auch widerspruchsvoll. Auf der Preisseite will er keine großen Wirkungen sehen, denn „... wenn die Konsumvereine beträchtliche Vorteile böten, müßten sie zu einer Zeit, wo gerade aus Arbeitnehmertreuen über Schwächung der Kaufkraft und unzureichende Löhne geklagt wird, mehr Anziehungskraft ausüben“. Zum Beweis führt er an, daß nach dem Bericht des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine im Jahre 1928 eine Umsatzerhöhung von nur 9,8 Proz. gegenüber dem Vorjahre stattgefunden habe, was in Anbetracht des hohen Preisstandes sehr wenig sei. Kein Freund gemeinnütziger Eigenwirtschaft wird damit zufrieden sein, aber dem Nationalökonom Dr. Winkshuh ist sicherlich nicht unbekannt, daß von 1927 zu 1928 die Gruppe „Ernährung“ des amtlichen Lebenshaltungsindezes nur von 151,9 auf 152,3 gestiegen ist. Darum handelt es sich vornehmlich, so daß der Steigerungssatz von nahezu 10 Proz. fast real zu nehmen ist. Ein geschäftlicher Erfolg ist das unter allen Umständen. Aber darf schließlich nur der Jahresumsatz einer genossenschaftlichen Organisation herangezogen werden, wenn ein Urteil über die Gesamtbewegung gefällt werden soll? Binnen weniger Jahrzehnte vom Nichts zu Milliardenumsätzen — diese Tatsache sagt mehr als eine mit 9,8 Proz. angeblich zu geringe Umsatzerhöhung während eines Jahres. Wenn die Genossenschaft dem Privathandel überlegen wäre, müßte sie mehr Mitgliederzuwachs haben, sagt Dr. Winkshuh, der einige Zeilen vorher anerkennt, daß dieselben Genossenschaften als Regler von Markt und Preis volkswirtschaftlich von Wert sind. Hier muß Dr. Winkshuh zu bedenken gegeben werden, daß er etwas außer acht läßt, nämlich, daß die Praxis beide Wirkungen nebeneinander nicht kennt. Wenn die Konsumgenossenschaft, wie Dr. Winkshuh anerkennt, einen Preisregulator darstellt, dann zwingt sie den privaten Handel, sich ihrem gesenkten Preisniveau anzupassen. Damit fällt für den Kunden, der sein Handeln nur von Preisgesichtspunkten bestimmen läßt, der Grund, im Konsumverein zu kaufen und dem privaten Geschäft untreu zu werden. Tut er das trotzdem, so aus einer weiten Erkenntnis wirtschaftlicher Zusammenhänge oder sonstigen Erwägungen, denen mit rein vernunftgemäßen Preisargumenten nicht beizukommen ist.

Nun zur Stärkung der Gewerkschaftsvermögen durch Überweisung der Gewinne gewerkschaftseigener Unternehmungen an die Kampffonds der Verbände. Darüber sagt Dr. Winkshuh: „Ohne Zweifel kann die Macht der Gewerkschaften auf diese Weise sehr gestärkt werden, oft derart, daß sie im Arbeitskampf nicht mehr die grundsätzliche Schwächeren sind, sondern die Unternehmer. Diese Entwicklung ist im Gange; in einigen Gewerben und Kampfereichen des sozialen Lebens gilt nicht mehr die alte Vorstellung, daß die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerinteressen grundsätzlich schwächer seien als die Unternehmer. Diese Tatsache hat sich aber in der öffentlichen Meinung und im amtlichen Bewußtsein noch wenig durchgesetzt.“ Wenn das stimmt, so ist dem nichts hinzuzufügen, höchstens die Bemerkung, daß hier Betrieb und Unternehmen, wie Dr. Winkshuh ja selbst anerkennt, erfolgreich in den Dienst des gewerkschaftlichen Befreiungskampfes gestellt sind. Das ist neu und höchst bedeutsam, daß beispielsweise der Bergarbeiterverband mit den Dividenden seiner Lindar-Kohlen einen Streik um verkürzte Arbeitszeit der Bergleute finanziert. Das ist neu als Kampfmethode, neu aber auch als Zeichen der Verbundenheit zwischen der Arbeiterkraft, von der er mit Arbeitgeber ist, und denen, die seine Mitglieder sind.

Dr. Winkshuh führt in seinem Aufsatz an, daß in den gewerkschaftseigenen Betrieben wie auch in der Privatwirtschaft hohe Reservebildung zur Modernisierung und Ausweitung der Unternehmungen vorgenommen werde. Daß trotzdem noch verhältnismäßig hohe Dividenden ausgeschüttet werden können (Lindar Fahrdruckwerke 10 Proz.), ist schließlich nur ein Beweis ihrer Leistungsfähigkeit. Warum nun diese Methode, fragt der Verfasser, um die Gleichartigkeit gemeinwirtschaftlicher mit privater Wirtschaftsführung zu demonstrieren? Wer das verstehen will, muß sich von den Formen individualistischen Denkens freimachen. Der gewerkschaftseigene Betrieb kann sich nicht

ausschließlich nur in den Dienst einer Berufsgruppe stellen. Die Betriebsvermehrung und Betriebsvergrößerung bedeuten für die anteiligen Gewerkschaften Vermögenszuwachs und erhöhte Gewinnaussichten für die Zukunft. Diese dann im Interesse eines sozialen und wirtschaftlichen Gesamtaufstiegs der Arbeiterklasse zu verwenden, kann nur der Zweck des gewerkschaftlichen Eigenbetriebes sein. Möglicherweise liegen auch hier für den, der nur den Augenblick zu sehen vermag, Interessengegenstände zwischen einzelnen Teilen der Arbeiterklasse. Daß diese bisher in durchaus sozialen Formen auszutragen möglich war, zeigt doch nur, daß eine möglichst weitgehende Befriedigung aller Beteiligten möglich war und sich gerade hierbei die Verbundenheit durch eine Idee sehr viel stärker erwiesen hat als alle engeren Interessenwünsche.

Ein besonderes Kapitel widmet Dr. Winckler den Betrachtungen über Betriebsdemokratie und Arbeitsfreude. Die Feststellung, daß auch der gewerkschaftliche Großbetrieb leitende Persönlichkeiten braucht, ist hinzunehmen. Es ist ja auch noch nirgends in der Diskussion über die Wirtschaftssysteme gesagt worden, daß darauf irgendwie verzichtet werden kann. Im Gegenteil, gerade die Führerauslese ist doch ein Plus der Demokratie, die sich hierin sehr wirksam von anarchofiktiven Utopien unterscheidet. Nicht im Wesen, sondern in der Methode ihrer Wahl und ihrer Auswahl liegt der grundsätzliche Unterschied des gewerkschaftlichen Unternehmens zum Privatbetrieb. Aber nun zur Arbeitsfreude. Sie ist ein Produkt sehr vieler Faktoren. Dr. Winckler nennt als solche, auszeichnend den Verdienst, gute Arbeitsräume, anständige Vorgehens-, vorbildlichen Wertston und Aufstiegsmöglichkeiten. Er gibt auch die Möglichkeit zu, daß alle diese Umstände in den gewerkschaftlichen Betrieben in höherem Maße zu finden sein mögen als in den Privatbetrieben, aber, so argumentiert er weiter, das alles sind Dinge, die es auch in der Privatwirtschaft geben kann und vielfach gibt. Die gehobene Arbeitsfreude hängt also davon ab und nicht davon, daß die Arbeiterchaft des gewerkschaftseigenen Betriebes sich als Eigentümer fühlt. Zu all den von Dr. Winckler genannten Faktoren wäre noch die Arbeitszeit als Einflußmoment auf die Arbeitsfreudigkeit zu nennen. Selbst wenn man annimmt, die Arbeitsfreude, oder besser gesagt, ihr Nichtvorhandensein sei keine Folgeerscheinung der Besitzverhältnisse, sondern der Arbeitsleistung, so gibt es immerhin, auch für den, der diesen Standpunkt teilt, Möglichkeiten, die Schaffensfreudigkeit im Rahmen des Möglichen zu steigern. Dabei spielen Arbeitsverhältnisse und angemessene Löhne die Hauptrolle. Nur ist hier nicht wieder in falsche Fragestellung zu verfallen. Das Problem heißt: Steht der gewerkschaftseigene Betrieb im Rahmen der Gesamtbewegung im Kampfe um diese Ziele? Diese Frage ist nach all dem, was vorher gesagt ist, insofern zu bejahen, wie der Eigenbetrieb im Dienste der Gewerkschaft steht. Und daß das in recht hohem Maße der Fall ist, beweist das oben wiedergegebene Zitat von Winckler selbst, der den Einfluß des gewerkschaftlichen Unternehmens auf das Verbandsvermögen sehr hoch veranschlagt.

Noch vor einem ganz verhängnisvollen Irrtum ist zu warnen, dem Dr. Winckler bei der Betrachtung des Mehrwertes Ausdruck gibt. Wir wollen den jetzt öfter gebrauchten Begriff der Kapitalbildung an dessen Stelle setzen. Wenn die überhörsliche gewerkschaftseigener Betriebe zu deren Modernisierung und Ausweitung verwendet werden, so findet dieser Vorgang in einer Belebung des Arbeitsmarktes seinen Niederschlag. Auch hier stellt Dr. Winckler auffallenderweise eine Ähnlichkeit mit der Privatwirtschaft fest. Er schreibt dazu: „Kapitalmäßig gesehen, betrachtet der persönliche Verbrauch des Reichen, sei er Unternehmer oder nicht, ja doch wieder die gesellschaftliche Produktion. Ob ein Landhaus oder ein hochwertiges Auto gekauft, eine Schiffreise befaßt oder ein Tennisplatz angelegt wird — die Ausgaben wandeln sich in Kapitalquellen für Löhne und Gehälter, für Rohstoffe und Maschinen um, sie schlagen sich in Beschäftigung von Sinnen und Händen nieder.“ Wenn das daselbst ist, dann brauchen wir während der nächsten Jahre ja nur Willen zu bauen oder Autos zu fabrizieren, und es wird genau sozial Beschäftigung da sein, als wenn Drei-Zimmer-Wohnungen oder Fahrräder hergestellt werden. In sich ist das durchaus richtig, die Arbeiter würden dann zwar Arbeit, aber nie Wohnungen haben. Das ist der wachsende Unternehmerstandpunkt von vor 50 Jahren, jetzt verziert durch das Wort Kapitalbildung. Aufgabe der arbeitenden Zunft ist es zwar sein, Häuser zu bauen und Stoffe zu weben, aber nicht darin zu wohnen oder anständig gekleidet zu gehen. Muß man es denn immer wieder sagen, nicht auf die Bildung von Neukapital kommt es an, sondern darauf, in wessen Händen sich dieser Prozeß vollzieht, auf die Verfügungsgewalt über das neu entfallende Kapital. Hier beginnt überhaupt erst die große zielweisende Aufgabe des gewerkschaftlichen Eigenbetriebes, wo er der sinnlosen kapitalistischen Wirtschaft einen Sinn zu geben vermag.

Franz Vogt

Umstellung der Wirtschaft - Umstellung des Denkens

Das, was wir unter „Wirtschaft“ verstehen, ist, obgleich sich weite Kreise noch dagegen sträuben, es zuzugeben, längst eine öffentlich-rechtliche Angelegenheit geworden. Die heutigen Wirtschaftsformen und Wirtschaftseinrichtungen und auch die Rechtsgrundlagen des Wirtschaftslebens tragen jedoch noch privatwirtschaftlichen Charakter. Das täuscht uns über das wahre Wesen, über Sinn, Zweck und Aufgaben der Wirtschaft. Das führt das Denken und Wollen fortgesetzt irre, selbst das Denken derjenigen, die

die größten Nachteile davon haben, daß die heutigen veralteten Wirtschaftseinrichtungen den Bedürfnissen des Volkes nicht entfernt mehr gerecht werden. Die große Mehrheit des Volkes leidet Not und Mangel, weil die Wirtschaft die Waren ganz unerhört verteuert.

Das, was wir in den einzelnen Verbrauchsgüterständen und sonstigen Waren für den Haushalt und seine Verarbeitung bezahlen, ist nur ein Bruchteil des Preises, oft nur ein Viertel oder noch weniger. Der weitaus größere Teil der Warenpreise umfaßt die Kosten für Vertrieb, Lagerung, Nichtverwertung, Verderb und sonstigen Verlust usw. Und dann sind selbstverständlich die Handelsgewinne nicht zu vergessen, die an vielen Stellen erhoben werden, die die Ware passiert, wenn sie dem Verbraucher zugeführt wird. Diese ungeheuren Handelsgewinne, ungeheuer jedenfalls in ihrer Gestalt als Bruttogewinne, werden damit gerechtfertigt, daß das Anlagkapital sich angemessen verzinsen muß und daß die Tätigkeit der Unternehmer und Händler viele Gefahrenmomente hat. Auf Schritt und Tritt wird mit den beiden Begriffen Risiko und Kapitalertrag (Profit) operiert. So kommt es, daß ein Produkt, das vielleicht für 20 M. hergestellt wird, 100 M. oder noch weit mehr kostet, wenn der Verbraucher es erhält. Es sind in den letzten Jahren öfter Einzelheiten hierüber mitgeteilt worden, wenn auch leider viel zu wenig. Es wird allerhöchste Zeit, daß öfter und schärfer in das geheimnisvolle Dunkel des Handels hineingeleuchtet wird. Der Gehalts- und Gewinngeiß unterdrückt in der Wirtschaftsarbeit und Wirtschaftsorganisation alles Sinnvolle, Zweckmäßige, Vernünftige, er verjudet überall, zu kaufen und irreführen; denn das fühlen auch Unternehmer und Händler, daß ihr Wirkungsgebiet innerhalb der Volkswirtschaft fruchtlos und technisch und organisatorisch veraltet ist. Aber sie suchen sich ihre Berufs- und Selbstbehauptungsgrundlage mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, zu erhalten, was durchaus verständlich ist. Sie wollen nicht selbst den Alt abgeben, auf dem sie sitzen; mag er auch morsch sein, er hält einsteifen noch. Solange die Verbraucherschaft noch nicht über Wirtschaftsfragen nachdenkt, vielmehr gläubig alles als gut hinnimmt, was ihr geboten wird, solange sie nur über die teuren Zeiten klagt, kann sich selbst anzuklagen ob ihrer Lammeneid und Maulwurfsblindheit, solange wir als unzureichende, leuere Handelssysteme wohl noch weiter der Wirtschaft den Stempel aufdrücken und die Massen zum Verzicht auf viele Lebensnennwürdigkeiten und Kulturwohlfahrten zwingen.

Der Kartell- und Trustgedanke wird furchterlich mißbraucht. Trotzdem ist er an sich ein Fortschrittsgedanke, besonders wenn er Einheitsbetriebe, Einheitswirtschaften formt, in denen nicht nur geordnet nebeneinander (horizontal), sondern auch geordnet übereinander (vertikal) gearbeitet wird. Leider sind wir in Deutschland erst selten zu der einheitlichen, geschlossenen Wichtigkeit des Trustgedankens durchgedungen. Wir spielen zu sehr bloß mit dem Kartellgedanken und mißbrauchen ihn dazu, das Schwache und Zerfallene am Leben zu erhalten, wodurch nur neue Teuerung erzeugt wird, wo uns doch die Teuerung, die schon der Wirtschaftsindividualismus im Übermaß schuf, bereits hart genug drückt.

Wir müssen die Werte ganzer Industriezweige einheitlich organisieren, sie als Einheitsgroßbetrieb einer Leitung unterstellen. Ähnlich müssen wir auch den Handel umformen. Dr. R. von Ungern-Sternberg hat diesen Gedanken in einem Buche „Industriegemeinschaft“ (Verlag: Karl Heymann) näher ausgeführt. Die Bestrebungen der Unternehmer und Händler, den freien Wettbewerb aus dem Wirtschaftsleben auszuschalten, sind nicht aufzuhalten. Von dem früher mit Kredit als antreibende und reinigende Wirtschaftskraft viel gerühmten freien Leistungswettbewerb träumt heute nur noch der Käufer, soweit er auch gleichzeitig Verbraucher ist. Der Kaufmann weiß, daß es so etwas nur noch in den letzten schwachen Ausläufen gibt. Und wenn es auch noch keine Kleinhandlertarife gibt, so gibt es doch täglich mehr Markenware, an der sehr gut verdient wird, so viel verdient wird, daß es selbst einigen Händlergroßorganisationen zu viel wird. Wenn in den Einzelhändlerorganisationen auch kein Zwang im Sinne des Kartellzwanges ausgeübt wird, so versteht man sich trotzdem sehr gut, sobald es sich um die Preisbildung handelt. Aber aus der Reihe auszubringen verjudet, merkt auch hier sehr bald, daß der Handel nicht mehr „frei“ ist. Es ist fast unmöglich geworden, noch nach dem alten Wirtschaftsgesetzbuch zu handeln: „Großer Umsatz kleiner Nutzen.“ Gewöhnlich wird es umgekehrt gemacht.

Dr. Ungern-Sternberg will die Wirtschaft auch der äußeren Form nach zu einer „öffentlich-rechtlichen“ Angelegenheit machen. Dem Wesen und Zweck nach ist sie es eigentlich immer gewesen. Aber es wird so gehandelt, als sei die Unternehmer- und Händlergewinne abwerfende Wirtschaft Selbstzweck. Das Ziel der Privatwirtschaft ist lediglich Verdienen, nicht Dienen. Alle Geheimnisträumerei muß in der Wirtschaft aufhören. Nach Ungern-Sternberg soll eine unabhängige Instanz die technischen und wirtschaftlichen Verhältnisse kontrollieren. „Damit wäre“, so sagt er, „die bisherige Entwicklung, die auf die Ausgestaltung des freien Wettbewerbes hinielt, bewußt zu ihrem logischen Abschluß gebracht.“ Die Werte eines zentral dirigierten Industriezweiges sollen die Aufgabe haben, in möglichst vorteilhafter Weise den Verbrauchern zu dienen. Die Produktion soll aufhören, lediglich Tummelplatz der Spekulation und des Gewinnstrebens zu sein. Die kontrollierende Instanz soll fortgesetzt in enger Verbindung mit den Unternehmungen stehen. Sie soll ihre leitende Spitze bilden, die auf die Preisfaktulation und alle Entschädigungen entscheidenden Einfluß hat. Um aus den Werten eines Industriezweiges einen Pflichtenverband zu machen, müßten in der zentralen Leitung Personen sitzen, die nicht an der

privatwirtschaftlichen Rentabilität der einzelnen Werte interessiert sind, die lediglich nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten urteilen und handeln. Die leitenden Organe der Industriezweige sollen zwei Gruppen umfassen: die kapitalistischen Unternehmer und die Staatsvertreter, die das Allgemeinwohl zu schützen haben. Der Verfasser des Buches weist hin auf den Artikel 156 der Reichsverfassung: „Reich, Länder oder Gemeinden können sich an der Verwaltung wirtschaftlicher Unternehmungen beteiligen oder sich in anderer Weise einen bestimmten Einfluß sichern. Das Reich kann ferner wirtschaftliche Unternehmungen zum Zweck der Gemeinwirtschaft durch Gesetz zusammenschließen, mit dem Ziel, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Verteilung, Preisgestaltung nach gemeinwirtschaftlichen Grundfragen zu regeln.“

„Soll dieser Artikel der Reichsverfassung“, so schreibt Dr. Ungern-Sternberg, „nicht toter Buchstabe bleiben, so hat folgendes zu geschehen: Der Reichswirtschaftsminister ist auf Grund eines entsprechenden Reichsgesetzes zu ermächtigen, die Firmen eines Industriezweiges zu einer Produktions- und Absatzgemeinschaft zu vereinigen und sie der Oberleitung einer Zentraldirektion zu unterstellen. Diese Gemeinschaft hat sich die Form einer Aktiengesellschaft oder Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu geben, deren Anteile dem Reich oder den Ländern und der Vereinigung der Firmen im Verhältnis von 11:9 gehören. Der Zentraldirektion obliegt die Förderung der wirtschaftlichen Interessen der ihr unterstellten Werke als Bestandteilen des Volkswirtschafts, aber in freitragender Abereinrichtung mit dem Grundgedanken einer möglichst reichlichen Deckung des Bedarfs an Gütern des Massenkonsums. Letztere Grundgedanke verpflichtet die Zentrale u. a. zu einer möglichst wohlfeilen Preispolitik. Die Zentrale hat deshalb darauf hinzuwirken, daß die Produktionskosten durch technische und betriebswirtschaftliche Maßnahmen fortlaufend verringert werden und eine Rationalisierung der gesamten Wirtschaftsführung erreicht wird. Zu diesem Zweck ist u. a. der Betrieb der Erzeugnisse, sowohl im Inlande als auch im Auslande, lunklicht zu zentralisieren.“

Da die Unternehmerschaft über eine große Summe von Erfahrungen und technischem Wissen verfügt, kann ihre Mithilfe in einer planwirtschaftlichen Industrieleitung nicht entbehrt werden, aber sie darf nicht das Übergewicht in der Leitung haben. Auch muß die Möglichkeit einer öffentlichen Kritik an der Geschäftsführung gewährleistet sein. Das ist schon deshalb nötig, weil verhindert werden muß, daß die zentrale Leitung bürokratisch oder künftighalt entartet.

Der Schwerpunkt aller Schwierigkeiten einer gründlichen Wirtschaftsumstellung liegt im Persönlichen. Es ist vor allem eine geistig-ethische Umstellung des Volkes, besonders der Wirtschaftsleiter, notwendig, weil erst aus einer gemeinsamen Denkart der Wille geboren wird, auch ohne Gewinnaussichten dem Allgemeinwohl zu dienen.

Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterchaft wächst seit Jahrzehnten in eine Geistesrichtung hinein, die vom Gewinn- und Handelsgesicht freit ist. Unternehmern und Händlern ist es fast unmöglich, die Denkart der gemeinnützig eingestellten Menschen zu begreifen. Ihr ganzes Denken, Fühlen und Wollen ist auf das Geschäftemachen eingestellt. Sie halten es für dumm und krankhaft, wenn jemand einen erreichbaren arbeitslosen Gewinn zugunsten des Allgemeinwohls fahren läßt. Ganz besonders absprechend ist das in den letzten Jahren zutage getreten und am abjurdendsten in dem unangenehmen Verlangen der Wirtschaftsverbände, alle privaten Darlehen, selbst die durch Sachpfänden gesicherten, durch Gesetz ungeeignet zu erhalten. Diese selbe Wirtschaft pocht jetzt wieder mit allem Nachdruck auf die „Sicherheit des Privateigentums“, das plötzlich wieder unantastbar sein soll, nachdem es vor kurzem erst zu ihren Günstigen, sogar gegen den Widerspruch der höchsten Gerichte, für ungeeignet erklärt wurde. Für die Streichung von mehr als 100 Milliarden Vorkriegsmark privater Schulden hat die Wirtschaft sich nicht etwa dadurch erkenntlich gezeigt, daß sie das Prinzip des Dienens an die Stelle des Prinzips des selbstkünstigen Gewinnstrebens gesetzt hat. Im Gegenteil: nie wurde das Volk rückwärtssofer händlerisch überworteilt als in den letzten Jahren. Die Preissteigerungen nehmen seit der Marktfestigung kein Ende, seitdem man sich fast überall durch Kartelle, Ringe, Trusts, Interessengemeinschaften, Innungen usw. mehr oder weniger die Monopolgewalt für bestimmte Wirtschaftszweige verschafft hat. Das privatkapitalistische System ist nachgerade so rückwärtslos geworden, daß die gesamte Wirtschaft, die immer noch fälschlich „Volkswirtschaft“ genannt wird, schließlich an solchem ungezügeltten Geizhals- und Gewinngeiß verbrechen muß.

Die Saat, die der privatwirtschaftliche Kapitalismus in der Kriegs- und Nachkriegszeit gesät hat, wird nach ewig gültigen Naturgesetzen aufgehen. Dann wird es keinen andern Weg mehr für Volk und Staat geben als den: alles wachsende Unkraut mit Stumpf und Stiel aus dem volkswirtschaftlichen Arbeitsfelde zu beseitigen. Es müssen dann Verhältnisse geschaffen werden, die die Besten und Fähigsten in Politik und Wirtschaft in Führerstellungen bringen und den Fleißigen und Tüchtigen die Früchte ihrer Leistung sichern, Verhältnisse, die alles dunkle Geschäftemachen auf Kosten anderer ausschließen.

Eine nach den Grundfragen der Gerechtigkeit und Gerechtigkeit organisierte und betriebene Wirtschaft wird ungleich höhere Werte erzeugen als die privatwirtschaftlich-kapitalistische, die ihre Zeit gehabt hat und jetzt Neuem und Besseren Platz machen muß. Die privatkapitalistische Wirtschaft ist emporgewachsen auf dem Boden der Selbstsucht und Habgier, der von vorher herein tiefe eden leitenden Kräfte barg, vielmehr stets große sittliche Gefahren für alles Soziale und Kulturelle hatte. Aber der freie, un-

gehemmte Wettbewerb, einft mit Recht das höchste Ideal dieses Wirtschaftssystems, wedte bedeutende Kräfte im Menschen, fo daß große wirtschaftliche Fortschritte möglich waren. Als man den freien Kampf um die höchste Leistung durch Organisationsbefähigung befeitigte, tötete man die Seele der privatkapitalistischen Wirtschaft. Was sich jetzt noch so nennt, ist etwas Widersprüchsvolles, oft etwas Leistungsunfähiges, Entartetes.

Revolutionieren wir das Wirtschaftssystem, werden wir den Willen der Verbraucher zum Selbstschuß! Das ist die wichtigste Vorbedingung zur neuerdings viel erörterten Wirtschaftsumstellung. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg zu besseren Zuständen. Noch aber haben die Massen diesen Willen nicht. Die Lässigkeit, Gleichgültigkeit und Duldbarkeit der Notleidenden und im Recht Benachteiligten ist das größte Hindernis für die Gefundung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse. U. Sch.

Individuelle und kollegiale Selbsthilfe

In dem Kampf der Unternehmer gegen die Sozialversicherung begegnen wir nicht selten dem Vorwurf, daß die sozialen Leistungen den Willen der Arbeiter zur Sparsamkeit und Selbsthilfe töten, eine ungelungene Rentenlust erzeugen und so schließlich das Heranwachsen einer Generation von Schwächlingen begünstigen, der jede Energie zur Selbstbehauptung und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit abgehe. Zur Abhilfe wird als geeignetes Mittel die individuelle Selbsthilfe empfohlen. Tritt man diesem Vorwurf näher, so findet man nichts, was ihn rechtfertigen könnte. Die damit verbundenen Behauptungen sind Übertreibungen zu dem Zweck, den Unternehmern ungeliebte und verhasste soziale Einrichtungen in der Öffentlichkeit herabzujagen, um so ihre Beseitigung vorzubereiten. Übrigens sind derartige Vorwürfe und die daran geknüpften Schlußfolgerungen nicht neu. Sie laufen im wesentlichen auf das gleiche hinaus, was früher die Unternehmer gegen den Anschluß der Arbeiter an die Gewerkschaften ins Feld führten. Wozu Gewerkschaften? — Hier es da. Die Arbeiter bedürfen ihrer nicht! Sie können nur das „gute Einvernehmen zwischen Unternehmer und Arbeiter“ stören, das individuelle Selbstbewußtsein der Arbeiter untergraben, sie vom eignen Aufwärtstreben abhalten, bei ihnen Massen- und Herdeninstinkte erzeugen — und das alles nur, um einer kleinen Zahl gewerkschaftlicher Heher ein angenehmes Leben zu verschaffen. Genau wie heute wurde den Arbeitern, statt des Anschlusses an die Gewerkschaften, zur Besserung ihrer sozialen Lage die individuelle freie Selbsthilfe empfohlen.

Mit solchen Argumenten vermögen die Unternehmer bei den älteren Arbeitern nicht mehr viel auszurufen. Ihre gewerkschaftsfeindlichen und antisozialpolitischen Bestrebungen haben sie deshalb aber nicht aufgegeben. Diese werden vielmehr mit ungeschwächten Kräften fortgesetzt, was vor allem in den Bemühungen hervortritt, die jugendlichen Arbeiter für den Werkereinsgedanken zu gewinnen. Hierbei spielt auch die individuelle Selbsthilfe eine erhebliche Rolle, wird sie den Arbeitern doch sogar als Ersatz für die Sozialversicherung angepriesen. Doch auch nach dieser Seite haben die Unternehmer keine besonderen Erfolge aufzuweisen. Das ist nicht nur auf die ablehnende Haltung der Gewerkschaften zurückzuführen, sondern liegt auch in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet. Die großkapitalistische Entwicklung mit ihren Kartellen und Trusts läßt für die individuelle Selbsthilfe nur sehr geringen Raum übrig. Den in der kapitalistischen Wirtschaft wirt-

samen Kräften gegenüber ist sie gesellschaftlich wie wirtschaftlich von völlig untergeordneter Bedeutung. Zum Beweise hierfür bedarf es nur eines Blickes auf die bestehende Arbeitslosigkeit mit ihren rund drei Millionen Erwerbslosen. Wie soll durch individuelle Selbsthilfe diese Arbeitslosigkeit beseitigt werden? Was können die Erwerbslosen auf diesem Wege zur Verringerung und Beseitigung ihrer Not tun? Als Gesamtheit betrachtet — Nichts! Der eine oder andere Erwerbslose kann vielleicht, wenn er Glück hat, durch persönliche oder sonstige Beziehungen eine Arbeitsstelle erhalten oder durch Handel oder sonstigen Erwerb seine Existenz ohne Unterstützung fristen. Der Masse der Erwerbslosen ist das jedoch unmöglich, weil hierzu alle Voraussetzungen fehlen. Wäre für jeden Erwerbslosen Beschäftigungsgelegenheit vorhanden, so gäbe es kaum Massenarbeitslosigkeit!

Nicht anders liegen die Verhältnisse bei der Sozialversicherung, die von den Unternehmern zur völligen Unzulänglichkeit herabgedrückt werden will. Fordert man doch sogar ihre Umgestaltung zur bloßen Sparsamkeit, wobei den Arbeitern der Vorteil, die eingezahlten Beiträge als Eigentum jederzeit verfügbar zu haben, in den leichtesten Farben geschilbert wird. Für die Unternehmer wäre eine solche Umwandlung zweifellos von Nutzen; sie würden von den seitherigen Beitragsleistungen befreit. Die Vorteile für die Arbeiter würden sich dagegen sehr schnell verflüchtigen, hätten sie doch das ganze Risiko aus Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall und Invalidität selbst zu tragen. Wie weit sie dabei kommen würden, ist nicht schwer nachzuweisen! Haben die Arbeiter diesen Zustand vor Einführung der Sozialversicherung doch lange genug kennengelernt. Dabei zeigte sich freilich, daß die so gerühmte individuelle Selbsthilfe den Arbeitern keinen genügenden Schutz gegen die Beschwerden des Lebens zu bieten vermochte. Ihre Sparsamkeit reichte nur in den seltensten Fällen aus, sie bei längerer Erwerbsunfähigkeit vor der bittersten Not zu schützen. Gerade diese Erfahrungen ließen die Einführung der Sozialversicherung als unabwendbare Notwendigkeit erscheinen und führten dazu, sie auf der Grundlage der Versicherungs- und Beitragspflicht aufzubauen. Nur so konnten die heutigen Versicherungsleistungen erzielt werden, wobei nicht übersehen werden darf, daß die Beiträge der Versicherten bei weitem nicht zur Deckung der entstehenden Aufwendungen ausreichen, vielmehr hierzu auch die Beiträge der Unternehmer und auch beträchtliche Reichszuschüsse erforderlich sind. Die Empfehlung der individuellen Selbsthilfe in dieser Richtung ist daher nichts anderes als eine Spekulation auf die Dummheit und die Selbstsucht von Elementen, denen sozialistisches Handeln fremd ist, im übrigen nicht weit über ihre Notlage hinaus ausweichen können.

Bemerkenswert erscheint daneben, daß die Unternehmer trotz aller Beteuerung des Wertes der individuellen Selbsthilfe diese selbst immer weniger in Anwendung bringen, statt dessen sich in zunehmendem Maße der kollektiven Selbsthilfe in Form organisierter Form zuwenden. Was sind die Verbände der Unternehmer, ihre Einkaufs-, Rohstoff- und Kreditvereinigungen, ihre Kartelle, Syndikate usw. anders als Selbsthilfeorganisationen. Deren Existenz und Tätigkeit steht freilich zu der von den Unternehmern nach unserer vertretenen Theorie von dem freien Spiel der Kräfte, freiem Wettbewerb und individueller Selbsthilfe in schroffem Widerspruch. Doch das kann nicht übersehen! Die Unternehmer haben sich eben auch den wirtschaftlichen Verhältnissen und ihren Anforderungen anpassen müssen. Auch sie kamen, obwohl in sozialer wie wirtschaftlich günstigerer Position als die Arbeiter, mit der individuellen

Selbsthilfe nicht mehr aus. So weiter sich die Wirtschaft nach der großindustriellen Seite hinneigte, um so stärker traten bei den Unternehmern die Organisationsbestrebungen hervor. Und man muß ihnen zugestehen, daß sie auf diesem Gebiete manches geschaffen haben, was den Arbeitern als Beispiel dienen kann. Die Vereinigungen der Unternehmer sind fast durchweg Zwangsorganisationen, deren Diktat sich der einzelne nicht oder nur schwer entziehen kann. Von individueller Selbsthilfe kann daher bei den Unternehmern kaum noch geredet werden.

Unter diesen Umständen ist es Heuchelei und absichtliche Zerküßigung, wenn die Unternehmer den Arbeitern die individuelle Selbsthilfe empfehlen, bietet ihnen diese doch noch geringere Vorteile als jenen. In der Feststellung dieser Tatsache liegt keineswegs ein Verzicht oder die Ablehnung jeder individuellen Selbsthilfe. Vor allem die Gewerkschaften haben kein Interesse daran, das individuelle Selbstbewußtsein der Arbeiter schwächen oder verflüchtigen zu lassen. Mit einer energielosen, stumpfen und wenig selbstbewußten Arbeiterschaft können die Gewerkschaften wenig anfangen. Dagegen müssen aber die Arbeiter vor Illusionen bewahrt werden und darüber im klaren sein, wo für sie die Grenzen der eignen Kraft und damit der individuellen Selbsthilfe liegen. Dieser Erkenntnis bedarf es, um sie vor fruchtlosen Anstrengungen und unnützer Vergebung ihrer geistigen und wirtschaftlichen Kräfte zu bewahren.

Die Gewerkschaften sind deshalb kein Gegner einer Selbsthilfe der Arbeiter, sondern deren entschledener Verantwortliche, sind sie doch aus den Selbsthilfebestrebungen der Arbeiter hervorgegangen. Was sie aber vertreten, ist nicht die individuelle freie, sondern die auf solidarischer Zusammenfassung der Arbeiter beruhende organisierte kollektive Selbsthilfe. Hierbei wird von ihnen nicht verkannt, daß auch die individuelle Selbsthilfe dem einzelnen Arbeiter gute Dienste leisten und ihn sozial vorwärts bringen kann. Dahingehende Erfolge bleiben jedoch immer vereinzelt. Wie in der Lotterie nicht alle gewinnen, können auch nicht alle Arbeiter Kapitalisten werden. Wo sollte auch sonst in der heutigen kapitalistischen Wirtschaft der Kapitalismus seine Ausbeutungsobjekte nehmen, die er für die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft nicht entbehren kann. Der Masse der arbeitenden Bevölkerung gegenüber muß die individuelle Selbsthilfe versagen. Die Arbeiter als Klasse haben ihren wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg nur von der kollektiven Selbsthilfe zu erwarten. Diese allein ist das Mittel, das ihnen im Kampfe um ihre soziale, wirtschaftliche und rechtliche Besserstellung Erfolge brachte und weiterhin solche verspricht.

Mit den Gewerkschaften begonnen und von ihnen gefördert haben sich die kollektiven Selbsthilfebestrebungen der Arbeiter immer weiter ausgedehnt. Die von den Gewerkschaften begründeten Unternehmungen, die Spar- und Konsumvereine sowie deren Betriebe, Bau- und Wohnungsgenossenschaften, Versicherungs- und Wohlfahrtsvereinigungen usw. bezeugen es. Was hier von den Arbeitern wirtschaftlich, sozial und kulturell geleistet worden ist, verdient höchste Anerkennung; es ist Selbsthilfe im besten Sinne des Wortes. Freilich ist es kollektive Selbsthilfe, die den Unternehmern bei den Arbeitern höchst unangenehm ist und die sie mit allen Mitteln bekämpfen! Das liegt in der Natur der Verhältnisse. Die kollektive Selbsthilfe führt die Arbeiter zusammen, leitet sie aneinander. Dadurch werden die Arbeiter nicht nur als Produzenten, sondern auch als Verbraucher, desgleichen als Wirtschaftsfaktoren zu einer Macht, mit der das Unternehmertum rechnen muß. Diese Macht läßt sich nicht kurzer-

Die Tragödie Trozki

Wenn eine Energiequelle der Politik vom Ausmaße der Persönlichkeit Trozki für die praktische politische Tätigkeit lahmgelegt wird, so sucht sie natürlicherweise ihre Kraftströme in anderer Richtung zu entladen. Trozki hat die Monate seines Konstantinopeler Exils dazu benutzt, seine Lebenserinnerungen zu schreiben, die vor Weibnachten in deutscher Übersetzung im Verlage S. Fischer (Berlin) erschienen sind. Man mag dem Wissenschaftler und dem Politiker Trozki noch so ablehnend gegenüberstehen, man kann ihm beim Lesen dieses Buches die Anerkennung nicht verlagern, daß er ein hervorragender Schriftsteller ist. Nur ein Meister der Feder konnte dieses fast 600 Seiten zählende Buch von Anfang bis zu Ende in einem seßhaften Roman gestalten, mit dem fühlbaren Unterschied, daß hinter dieser an dramatischen Momenten und Spannungen überreichen Handlung der Schatten längst vergangener Ereignisse steht. Von dem Augenblick an, da Trozki die Hallen der Realschule zu Odessa betritt, bis zur letzten Etappe seines bisfertigen Lebens, dem Exil in Konstantinopel, folgen wir mit gespanntester Aufmerksamkeit diesem wechselvollen Schicksal, diesen interessanten wissenschaftlichen Erörterungen und geistvollen Polemiken. Wir empfangen ein Bild von diesem Revolutionär, das zwar von poetischer Selbstverherrlichung nicht frei, aber doch groß genug ist, um über kleine Schönheitsfehler hinwegsehen zu lassen.

Wem zweien dieses Buches wird uns an der eigenartigen Entwicklung der russischen Revolution manches klar, klar wird uns das eigentümliche Schicksal ihres Führers Trozki, dem die heutigen Machthaber in Rußland so viel verdanken und den sie doch so schmächtig behandelt haben. Es ist Trozki's Geschick, mit Siebenmeilenstiefeln an den Füßen geboren zu sein und seine Kraft doch an Verhältnisse verschwenden zu müssen, die nur ein Schnecken tempo vertragen. Man mag ihn vergleichen mit jenem Wirbel-

wind der deutschen Revolution Karl Liebknecht, dessen grundsätzliche Einstellung zum politischen Geschehen in seinem Worte zum Ausdruck kommt:

„Ich kann nicht wägen, kann nur wagen,
Nicht erraten, sän nur und flehen.
Ich kann den Mittag nicht ertragen!
Ein Morgenroll! Ein Abendstüb'n!
So ist mein Tag!“

Ein Wirbelwind kann eine befreiende Wirkung tun, wenn es gilt, Altes, morsch Gewordenes zu zertrümmern, aber er ist unerträglich, wenn es gilt, aus dem Chaos eine neue Wirklichkeit zu schaffen.

Trozki's Entwicklungsgang ist typisch für den russischen Revolutionär der Vorkriegszeit. Frühzeitiger Konflikt mit dem zaristischen Gewalten wegen revolutionärer Propaganda, Verbannung, Flucht, jahrelanges Exil im Auslande. In der Zeit seiner ersten Emigration lernt Trozki neben den anderen russischen Revolutionären auch Lenin kennen. Trozki war zu dieser Zeit noch ein blutjunger Mensch, und das Zusammenarbeiten mit Lenin, Martow, Plechanow und andern war ihm eine gute Schule. Aber das war nur vorübergehend. Nach kurzer Freundschaft trennte sich Trozki von Lenin, um erst in der Revolution des Jahres 1917 wieder zu ihm und damit zu den Bolschewiki zu stoßen. Trozki war zu sehr von seiner eignen Persönlichkeit überzeugt, zu sehr von dem Gedanken der Originalität besessen, als daß er auf die Dauer irgendeiner der vorhandenen Richtungen hätte Gefolgshaft leisten können. Seine Theorie von der „Permanenz der Revolution“ isolierte ihn fast von allen anderen russischen Revolutionären. Diese Theorie ist wiederum charakteristisch für die Persönlichkeit Trozki's, der zwar die dialektische Methode anwendet, diese aber anscheinend für das Revolutionsgeschehen nicht gelten lassen will.

Der Wissenschaftler und der Politiker Trozki ist überhaupt eine eigenartige, nicht immer ganz zu begreifende Figur. Er betont bei jeder Gelegenheit ausdrücklich, daß

er nicht ohne weitestgehende historische und politische Perspektiven auskommen könne. Trotz dieser großen und weiten Gesichtspunkte ist Trozki's Politik nicht frei von verhängnisvollen Zirkulären und Fehlschlüssen. Da fällt vor allem die gründliche Verkennung westeuropäischer Verhältnisse auf. Wir lesen mit einigem Erschauern, daß Deutschland im Jahre 1923 knapp vor einer bolschewistischen Revolution gestanden habe, eine Ansicht, der wohl kaum ein deutscher Arbeiter, der die politischen Ereignisse laufend verfolgt hat, beipflichten wird. Der schiefe Gesichtswinkel, unter dem die westeuropäischen Verhältnisse gesehen sind, verleitet Trozki auch zu falschen und ungerichteten Charakterisierungen der westeuropäischen, namentlich der sozialistischen Politiker. Ein Beweis für die Blindheit Trozki's für die Notwendigkeiten westeuropäischer Politik ist die Tatsache, daß er, trotzdem er zum deutschen Sozialismus ziemlich ausgiebig Stellung nimmt, die deutsche Gewerkschaftsbewegung nicht einmal erwähnt.

Die Kapitel seines Buches, die Trozki seiner Tätigkeit in der Revolution widmet, lassen die Größe dieses Mannes und seinen Anteil an dem Erfolg der Bolschewiki in Rußland klar erkennen. Die Reihe der revolutionären Handlungen in den Oktobertagen des Jahres 1917, das Schauspiel in Brest-Litowsk, die Niederschlagung der Kronrevolution und der Aufbau der roten Armee mitten in den Kämpfen des Bürgerkrieges, das sind Leistungen, wie sie die Geschichte von einem einzelnen Menschen nur wenige kennt. Alles drängt hier zu einem Vergleich mit dem Exponenten der großen, französischen Revolution Napoleon Bonaparte, dem Trozki ja auch in seinem Schicksal nach seinem Niedergange gleicht.

Als der Bolschewismus in Rußland seinen Sieg befestigt hatte und daran ging, seine Macht zu konsolidieren, da gab es für einen Mann wie Trozki mit seinem phantastischen Glauben an die Permanenz der Revolution keinen Raum mehr. Mit Lenins Tode war das Signal gegeben

hand beiseite schieben; sie stellt sich den Ausbeutungsgeflühen der Unternehmer entgegen und scharft sie ein. Darüber hinaus entzieht die kollektive Selbsthilfe der Arbeiter den Unternehmern gewisse Ausbeutungsgebiete oder macht sie ihnen streitig, wodurch sich ihre Profite vermindern. Die individuelle Selbsthilfe der Arbeiter ist ihnen dagegen unangenehm, bei falsch verstandener Anwendung sogar nützlich, wenn sie die Arbeiter zum Egoismus und unsozialdarfischem Handeln gegen ihre Klassenangehörigen verleitet. Das haben die Arbeiter nur zu wohl erkannt, weshalb die Lockungen der Unternehmer vergeblich bleiben müssen.

Mattutat.

Nationalisierung des Versammlungslbens

Nimmt man heute Gelegenheit, den Besuch einer Versammlung festzustellen, so kommt man zu dem bedenklichen Ergebnis, daß die Zahl der Besucher nachläßt. Abgesehen von den üblichen Versammlungen, stimmt es jeden interessierten Kollegen wehmütig, wenn die wichtigste Versammlung eines friedlichen Jahres, die Generalversammlung, am schlechtesten besucht wird. Es hat auch gar keinen Zweck, daß sich der Einzelnere einer solchen Versammlung ärgert, besser wirds davon auch nicht. Wichtigste Beschlüsse werden zumeist von einem kleinen Teil der Kollegen gefaßt, sind bindend für die Gesamtheit, und geben Stoff zur Raftenpolitik für die Daheimgebliebenen. Der Charakter einer solchen Versammlung, wie sieht der aus? Abendtags in den Offizinen, da erlebt man eine Neuaufgabe. Es scheint beinahe, als fände hier eine Parallelversammlung statt. Man kann nicht umhin, die Betreffenden auf die Pflichten im Organisationsleben aufmerksam zu machen, d. h. auf den Versammlungsbesuch. Was hört man dann? Das braucht man ja nicht erzählen, das kennt jeder.

Ob nun diese Kollegen unrecht haben, wenn sie der Versammlung fernbleiben? Es sind die schlechtesten nicht, das behauptet ich freiweg. Doch was bewegt und zwingt sie zum Fernbleiben? Einzig und allein die Überzeugung, daß wir zu viel Vereine haben und jeder Versammlungen obhört; und infolgedessen die Übermüdung. Wenn man denkt: Ortsverein, Sparten, Bildungsverband, Gesangsvereine usw., überall soll man da sein; da müßte der Tag 48 Stunden haben. Vom Standpunkt eines einzelnen gesehen ist die Vereinsbildung im Buchdruckergewerbe zu stark. Sehen wir uns mal den Jahresabstand an, hier steht von Januar bis März jeder Sonntag mit Generalversammlungen verzeichnet. Außerdem in der Zwischenzeit, also wochentags, tagen die Vereinigungen noch besonders. Wo führt das hin? Nun, die Früchte zeigen sich im Versammlungsbesuch. Da hilft kein trübes Dreinschauen, kein Nachdenken; hier gilt es zu handeln, und zwar eine Reform zu schaffen, die tragbar ist. Ich bringe nun folgendes in Vorschlag. Unter dem Protektorat des Verbandes bilden wir eine Arbeitsgemeinschaft in großem Ausmaße. Dem Ortsvereinsvorstand im Verbandsrat wird Protektur erteilt. Er stellt auch den Vorliegenden der Arbeitsgemeinschaft. Ihm unterstehen als Beiräte die Vertreter der einzelnen Sparten, mit denen er gemeinsam ein erprobtes Arbeitsprogramm erwirkt. Jeder Berufsgruppe wird Gelegenheit geboten, ihre Einzelfragen zu besprechen, und auch einem Nichtspartler bietet sich die Möglichkeit, von andern Berufsgruppen zu lernen. Damit dürfte denn die Versammlungsfrage gelöst sein, wir hätten eine Gemeinschaft im Darbieten und eine geschlossene Kollegenschaft.

Auch die materielle Frage ist vielleicht gelöst. Die meisten schimpfen über die hohen Beitragszahlungen. Die von mir vorgeschlagene Arbeitsgemeinschaft dürfte die

Beiträge in dieser Form herabsetzen. Man hätte dann außer dem Verbandsbeitrag nur noch einen weit mäßigeren an die Arbeitsgemeinschaft zu entrichten. So wären durch dieses Problem zwei Fliegen mit einem Schlag getroffen und es würde allen Teilen zur Befriedigung gereichen. Das Zustandekommen einer solchen Arbeitsgemeinschaft würde alle Gegensätzlichkeiten überbrücken und eine Kollegenschaft heranbilden, die unsern schweren Beruf, die Lichtseiten abzurufen imstande ist. Kollegen allerorts, überlegt, ob dieses nicht ein guter Gedanke ist, prüft denselben. Die Organisation der Arbeitsgemeinschaft erfordert gewiß eine gehörige Arbeitsleistung, aber der Dank dafür wird sicher sein. Einzelversammlungen und -veranstaltungen hören damit auf, und es gibt für die Zukunft nur noch zwei Versammlungen, nämlich die des Verbandes und die der Arbeitsgemeinschaft im Verbandsrat der Deutschen Buchdrucker.

Königsberg i. Pr.

M. S o f e r.

Korrespondenzen

Chemnitz. (M a s c h i n e n s e h e r.) Am 2. Februar fand die Hauptversammlung unsres Bezirks hier statt, die leider nicht allzu stark besucht war. Im Jahresbericht ließ Kollege M e h n e r noch einmal die Ereignisse des verflorenen Jahres an unsern Augen vorbeiziehen. U. a. besaßte er sich eingehend mit der Statistik am Jahresende, die uns genau Aufschluß gab über die tariflichen und sanitären Verhältnisse in unserm Bezirk. Der Abschluß der Bezirkstafel war zufriedenstellend. Die Wahl des Vorstandes ging ziemlich glatt vonstatten. Außer dem Kassierer, der eine Wiederwahl ablehnte, wurden sämtliche Kollegen einstimmig wiedergewählt. Als Kassierer wurde Kollege R ü h n e r einstimmig gewählt. Sodann hielt uns Kollege R ü h n e r einen Vortrag über das Thema: „Kaufpreise der deutschen Sprache.“ Reicher Beifall wurde dem Redner für seine hochinteressanten und lehrreichen Ausführungen gezollt. Weiter berichtete Kollege M e h n e r über das im August stattfindende Sachstreffen der Maschinenseher in Dresden. Alles Nähere soll auf der am 16. März in Chemnitz stattfindenden Jahreshauptversammlung der Gauvereinigung besprochen werden.

Jena. Unser Generalversammlung am 1. Februar erfreute sich eines guten Besuches. Kollege T h i e m e brachte dies bei der Eröffnung der Versammlung mit zum Ausdruck und hoffte, daß die Kollegen auch weiterhin ihren gewerkschaftlichen Pflichten bewußt sind. Nachdem er die Kollegen und den Gauvorsitzer Wislaug begrüßt hatte, gab er den Geschäftsbericht und nahm Stellung zu der gewerkschaftlichen Tätigkeit im Reich als auch im Bezirk und Ort. Besondere Bedeutung legte er der großen Arbeitslosigkeit bei. Er wies auf den Ablauf des Manteltarifs hin und hegte den Wunsch, daß die Kollegen eine einige und geschlossene Front gegen unberechtigte Forderungen der Prinzipale entgegensetzen. Schärftigen Kampf jagte der Vorsitzende der Gewerkschaftsopposition an, die durch die Abhaltung von Kongressen der revolutionären Gewerkschaftsopposition die Gewerkschaft zu unterminieren versuchen und eine weitere Zerissenheit der Arbeiterchaft herbeiführen wollen. Gauvorsitzer W i s l a u g brachte zum Ausdruck, daß die Kollegen, die sich daran beteiligen, sich als Außenstehende zu betrachten haben und aus dem Verband ausgeschlossen werden müssen. Der Bericht des Lehrungsleiters ließ erkennen, daß die Tätigkeit innerhalb der Lehrungsabteilung eine rege war. Zum Teil wurden die Versammlungen mit Vorträgen aus den Reihen der Kollegen ausgefüllt. Die Berichte wurden von der übergroßen Mehrheit der Versammlung mit Befriedigung aufgenommen. In der Diskussion ließ die Opposition vielfach erste Mitarbeiter an der Gewerkschaft vermissen und zeichnete sich besonders durch Zwischenrufe und Schimpfworte aus, die einem disziplinierten Gewerkschafter unwürdig sind. Ein Antrag, der sich mit zwei Berliner Ausschüssen beschäftigte, wurde nicht zur Abstimmung gebracht, da nach Aufforderung durch den Vorsitzenden und durch Kollegen Wislaug der Antrag gegenstandslos wurde. Ein anderer Antrag forderte die Entsendung eines Delegierten zum oppositionellen Gewerkschaftskongreß nach Erfurt. Dieser kam aber wegen seines verbandsschädigenden Inhalts nicht zur Abstimmung. Bei der Wahl des Vorstandes wurden der zweite Vorsitzende und zwei Beisitzer neu gewählt. Der Gesamtvorstand erzielte eine übergroße Mehrheit, so daß die Opposition bei der Wahl leer ausging. Die Versammlungen werden im Sommerhalbjahr nicht mehr am Sonnabend abgehalten, damit der Wochenangehörigen für die Kollegen mehr zur Geltung komme. Für die Arbeitslosen und Invaliden wurden statt 50 M. 1 M. als Zehrgeld in den Versammlungen bewilligt. Dem Bildungsverband und dem Gesangsverein „Gutenberg“ wurden je 50 M. zugewandt. Der Kassiererbericht lag gedruckt vor. Er gab zu Beanstandungen keinen Anlaß, so daß dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Am 25. Januar wurde hier eine Handsehervereinigung aus der Taufe gehoben, der sich bisher jedoch noch sehr wenig Kollegen angeschlossen haben. Das vorgeschlagene Referat des Gauvorsitzers Wislaug über die Gauvorsitzerkonferenz mußte abgelehnt werden.

Mannheim-Ludwigsbafen. (S t e r e o t y p e u n d G a l v a n o p l a t i k e r.) Unser Bezirksgeneralversammlung und ein Treffen aller Kollegen vom Gau Mittelrhein fand unter zahlreicher Beteiligung am 26. Januar in Mannheim statt. Der Tagung selbst ging eine interessante Besichtigung voraus, im neuen Heim der „Neuen Mannheimer Zeitung“, dem sogenannten Wassermaas-Saus. Die Geschäftsleitung hatte in dankenswerter Weise die Führung übernommen. Nach einer kurzen Ansprache und einer Besprechung über die Entwicklung des Hauses konnten die Teilnehmer in alle Räume und die verschiedenen technischen Abteilungen Einblick nehmen. Was hier gezeigt wurde, steht auf der Höhe der Neuzeit, nicht nur in technischer, sondern auch in hygienischer Hinsicht. Besonders Augenmerk galt der neuen 48zeiligen Rotationsmaschine und der modernen eingerichteten Stereotypie. Herrn Oberfaktor Raaschen besonderer Dank, der den Teilnehmern manch Wissenswertes zu Gehör brachte. Die Kollegen waren sichtlich erfreut über all das Gesehene. Die Tagesordnung der Versammlung

umfaßte fünf Punkte sowie einen Vortrag des Vorsitzenden. Unter „Geschäftlichem“ erstattete dieser zunächst einen kurzen Jahresbericht, aus dem zu ersehen war, daß der Bezirk stets reges Interesse an der Sache bekundete. Besonderes Augenmerk wurde auf das Innere von Hilfspersonal gerichtet. Den Kassiererbericht erstattete Kollege F r a n k. Trotz einiger Restanten sind die Kassierverhältnisse gut. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandsarbeit ergab die einstimmige Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. Hierauf hielt Kollege G i l l m a n n ein Referat über: „Der Zeitungsbilderdruk mit guten und schlechten Beispielen.“ Mit der vorwärtschreitenden Zeit der Technik hält auch das Zeitungswesen Schritt. Heute verlange das lesende Publikum die neuesten Fortschritte nicht nur in Schrift, auch im Bilde zu sehen. Eingehend auf die vielen Verfahren und Herstellungsarten der Klischees schilderte der Referent die Miststände, die sich aus der Praxis ergeben. Jedes Verfahren hat seine Licht- und Schattenseiten. An Hand von zahlreichem Anschauungsmaterial konnte den Kollegen viel Wissenswertes zur Bereicherung auf dem Gebiet des Bilderdrukens geboten werden. Dem Vortragenden wurde reichlicher Beifall gezollt. Eine rege Aussprache folgte sich an. Unter „Verschiedenem“ wurden einige interne Fragen rasch erledigt; und nach Einnahme des Mittagessens ging man zu dem gemüthlichen Teil über. Der Gesangsverein „Gutenberg“ Ludwigsbafen brachte mehrere Wieder schwingen zu Gehör. Auch einige bekannte humoristische Kollegen trugen ihr Bestes zum guten Gelingen der Nachmittagsfeier bei.

Nauumberg. (H a n d s e h e r.) Nach einjährigem Bestehen fand am 25. Januar unsre Hauptversammlung statt. Der Besuch war leider schwach und wir hoffen, daß unsre Mitglieder sich im laufenden Jahre an den Veranstaltungen der Vereinigung reiflich beteiligen. Vorsitzender G. F r i e d r i c h e r erstattete den Jahresbericht. Ferner berichtete er über die Leipziger Übergabeaktion an die Zentralkommission, verbunden mit der Prüfung des Kontos „Mittelungen“, und über die erste Handseher-vorstandskonferenz des Gauess Thüringen in Weimar. Durch eifrige Werbetätigkeit konnte der Mitgliederstand im Laufe des Jahres von 36 auf 74 Mitglieder erhöht werden. Hoffentlich lernen die wenigen Handseherkollegen, die unsrer Vereinigung noch fern stehen, recht bald einsehen, daß der reifliche Zusammenschluß aller Handseher unsrer Bestrebungen nur fördern wird. Jahresbericht und die in den Sitzungen gefaßten Beschlüsse wurden gutgeheißen. Hierauf verlas Kassierer F. S e i d l e r den Kassiererbericht. Dank der tatkräftigen Unterstützung der Leipziger Handsehervereinigung zu Anfang des Bestehens unsrer Vereinigung sind die Kassierverhältnisse gut. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit einstimmig wiedergewählt. Unter „Verschiedenem“ kamen einige örtliche Angelegenheiten zur Sprache, im besonderen wurde verlangt, daß bei einschneidenden Fragen, die die Belange der Handseher angehen, wir nicht vor vollendete Tatsachen gestellt werden, wie dies im vergangnen Jahre betreffs Arbeitskontrolle geschehen ist, sondern vorher von den Betriebsräten zu unterrichten sind.

Neustadt a. d. Haardt. Unser Hauptversammlung am 24. Januar hatte einen sehr guten Besuch aufzuweisen. Zweiter Vorsitzender F r e s z b e r g e r begrüßte die Erschienenen und machte den Vorschlag, den anwesenden Arbeitslosen Kollegen 2 M. aus der Ortskasse zu bewilligen, was von der Versammlung gutgeheißen wurde. Bei dem Kassiererbericht vom dritten und vierten Quartal gab es keine Erinnerung. Kollege U r t r a s gab sodann einen ausführlichen Jahresbericht und streifte noch einmal die Geschäftsergebnisse im abgelaufenen Geschäftsjahr innerhalb unsres Ortsvereins. Kollege S c h r e i b e r erstattete Bericht von der Tätigkeit der Lehrungsabteilung, die sehr erprobliche Arbeit leistet. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden u. a. als erster Vorsitzender Kollege B i r g h a n und als Kassierer Kollege W. M a i e r gewählt. Lehrungsleiter blieb Kollege S c h r e i b e r. Kollege B i r g h a n gab sodann einen ausführlichen Bericht von der Bezirksvorsitzerkonferenz in Mannheim. Aus der hierauf folgenden Diskussion war zu ersehen, daß die Versammlung mit den Beschlüssen der Gauvorsitzerkonferenz sowie mit denen der Bezirksvorsitzerkonferenz einverstanden war. Nach Erstattung des Kartellberichts wurden örtliche Angelegenheiten erledigt.

Reichenbach i. Vogtl. Unser Hauptversammlung am 18. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Vorsitzender H e i n z erstattete in kurzen Zügen einen Überblick über das vergangene Jahr, bei dem er bei ziemlich gleichem Mitgliederstand eine Zunahme des Versammlungsbesuches feststellte, gleichzeitig auch eine größere Inanspruchnahme der Unterstützungsleistungen des Verbandes gegenüber dem Vorjahr. Sodann gab Kollege S c h e i t t e r den Kassiererbericht. Die Neuwahlen brachten keine wesentliche Änderungen in der Besetzung des Vorstandes. Unter „Verschiedenem“ wurde die in letzter Versammlung eingebrachte Anregung, 20 Proz. des Arbeitslohnverdienstes einem Fonds zuzuführen, wieder vorgebracht zu dem Zwecke, darüber Beschluß zu fassen. Da sich verschiedene Kollegen dagegen wandten und der Vorsitzende sich weigerte, einen etwaigen Beschluß durchzuführen, weil er einer sogenannten Zufallsfrage gleichkäme, ließ man die Sache auf sich beruhigen. Einen breiten Rahmen der Debatte nahm die im „Korr.“ vertretene Ansicht ein, daß es keinen Zweck hätte, Anträge zwecks Erhöhung des Sozialzuschlages zu stellen. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Wunsch geäußert, in dieser Sache trocknen dem beim Gauverband wieder einen diesbezüglichen Antrag einzureichen, da ja Reichenbach zwischen zwei Großstädten mit höherem Sozialzuschlag liegt und die Lebensverhältnisse die gleichen, in mancher Beziehung noch kostspieliger sind als in den betreffenden Großstädten. Demgemäß wurde auch beschlossen. Mit dem Wunsch, daß die Tarifverhandlungen ein tragbares Ergebnis für uns zeitigen, und einem Appell an die gesamten Kollegen, die Versammlungen zahlreich zu besuchen, fand die Versammlung ihren Abschluß.

Mühlstadt. (H a n d s e h e r.) Am 2. Februar fand die Generalversammlung und ein Treffen aller Kollegen der hiesigen Handsehervereinigung statt. Nach Eröffnung der Versammlung durch Kollegen E n g e l m a n n referierte Kollege S c h ä f e r (Weimar) als Vorsitzender der Handsehervereinigung im Gau Thüringen über das Thema „Warum Handseherpartei?“ Er ging auf den Werdegang der Handseherpartei näher ein und brachte an Hand von Beispielen

für den hemmungslosen Kampf der Epigonen um die Macht und gegen Trotzki. Stalin, Kijow, die heutigen tanongebenden Führer der Sowjetpolitik, haben den Sieg davongetragen. Von Trotzki als Dummköpfe, als eitle Tröpfe bezeichnet, scheinen diese Leute immerhin die besseren Realpolitiker zu sein, mit einem besseren Blick begabt für die gegenwärtigen revolutionären Möglichkeiten; denn: Nach Trotzki bedeutet die Era Stalins die Aufgabe der Hoffnung auf die Weltrevolution in Europa und die Befestigung der praktischen Politik der Sowjets auf den nationalen Bereich Rußlands, mit dem Ausblick nach dem Osten. Wie man unter diesem Aspekt den Narrenladen der deutschen kommunistischen Partei aus in Moskau beurteilen mag, das auszumalen sei der Phantasie des Lesers überlassen.

Wir haben oben Trotzki mit Napoleon Bonaparte verglichen. Besterer erstikte die letzten Jahre seines Lebens in der Verbannung auf einer einsamen Felseninsel, eifersüchtig bewacht von England, dem eigentlichen Nutznießer der Zertrümmerung des napoleonischen Großstaates. Nicht weniger einsam, abseits vom großen Strome des politischen Geschehens lebt Trotzki in Konstantinopel, im Rücken die ehemaligen Kampfgenossen und jetzigen gefährlichsten Gegner, vor sich die westeuropäischen Demokratien, die davor zurückschrecken, dem Fluchtling das Asylrecht zu gewähren. Der Verbannete befindet sich heute in den besten Mannesjahren, krank zwar, geistig aber durchaus auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit und gewillt, wie aus manchen Äußerungen hervorgeht, der Welt noch manches Erzeugnis aus seiner meisterhaften Feder zu liefern. Damit dürfte aller menschlichen Voraussicht nach die Zukunft Trotzki untrüblich sein. Er selber freilich mag sich mit seinem politischen Tode noch nicht abfinden wollen und auf den Tag warten, da die Fäden der großen Politik wieder in seiner Hand zusammenlaufen. Es gibt Menschen, die in dem für sie am günstigsten Augenblick sterben, Trotzki gehört nicht zu ihnen.

W. S e i f.

die Notwendigkeit des Zusammenflusses treffend zum Ausdruck. Zweck des Zusammenflusses soll sein: Fortbildung, Kenntnis des Tarifs und der sonstigen Neuerungen sowie Verbesserung der Lage der Handseher. Den Ausführungen, die allgemeinen Anklang fanden, folgte nach kurzer Debatte die Gründung. Als Vorsitzender wurde Kollege Engelmann, als Kassierer und Schriftführer Kollege Schöberle gewählt. Der Beitrag wurde auf monatlich 25 Pf. festgelegt.

Saarbrücken. Unsere Generalversammlung am 2. Februar hätte besser besucht sein können. Nachdem der Geschäftsbericht des Vorsitzenden Stuber und der Kassenbericht des Kollegen Störck distussionslos angenommen war, fand die einstimmige Wiederwahl des bisherigen Gesamtvorstandes statt. Ebenfalls wurden die antieinander Kartellbegleitigen wiedergewählt. Bedinglich die Berichte der einzelnen Vertrauensleute riefen eine längere Debatte hervor. Die Wahl der Beihilfsleiter wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Unter „Verschiedenem“ gab der Vorsitzende bekannt, daß am 1. April hier eine Fachschule errichtet wird, die namentlich unsern Jungbuchdruckern sehr zugute kommen möge.

Saarbrücken. (Handseher.) Die erste Generalversammlung der Gau-Handsehervereingung war nicht so besucht, wie es zu wünschen gewesen wäre. Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen gab Vorsitzender Störck einen kurzen Rückblick auf das verfloßene Geschäftsjahr. Anschließend erkrankte Kassierer Becker den Kassenbericht, der infolge des minimalen Beitrages die Balance mit Einnahmen und Ausgaben hält. Nach Entlastung des Kassierers wurde der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt und durch drei Beihilfer ergänzt. Unter „Verschiedenem“ sei erwähnt, daß auf Veranlassung der Handsehervereingung zu Pfingsten eine Studienfahrt nach Paris geplant ist und daß die Vorarbeiten hierzu in vollem Gange sind. Der Plan fand bei den Mitgliedern großen Anklang. Nach Entgegennahme verschiedener Anregungen aus der Mitte der Kollegen fand die harmonisch verlaufene Versammlung ihren Abschluß.

Schmalzfaben. Unsere Generalversammlung fand am 25. Januar statt. Vorsitzender Feuerloch begrüßte die zahlreich erschienenen Kollegen und vermißte hiermit den Wunsch, daß der Besuch immer ein derartig guter sein möge. Warme Worte widmete er dem verstorbenen Kollegen Karl Rosenthal, währenddessen sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben hatten. Als Mitbegründer und langjähriger Funktionär unseres Ortsvereins war er uns allen ein treuer Kollege. Zwei Kollegen wurden sodann einstimmig in unsre Reihen aufgenommen. Die Jahresberichte des Vorsitzenden und des Kassierers ließen erkennen, daß wir trotz Arbeitslosigkeit doch ein gut Stück vorwärts gekommen sind. Von 36 Mitgliedern waren im vergangenen Jahre sieben arbeitslos. Dem Kassierer wurde für einwandfreie Kassenführung Entlastung erteilt und auch eine kleine Entschädigung bewilligt. Der alte Vorstand fand in seiner Gesamtheit wiedergewählt bzw. neue Mitglieder hinzugefügt. Mit kurzen ermahnenden Worten, der Wüßergilbe Gutenberg beizutreten und im neuen Jahr wieder tatkräftig in der Gewerkschaft mitzuarbeiten, erreichte die Versammlung ihr Ende. — Mit vollständig hatten die Kollegen mit ihrer Angehörigen der Einladung zum 24. Stiftungsfest am 1. Februar Folge geleistet. Der erste Teil des Programms wurde ausgefüllt durch Musik, Gesang (Doppelquartett), Prolog, Anrede und einen lustigen Einakter, während im zweiten Teil das Tanzbein geschwungen wurde. Preisquadräten und Belohnung verhalf gar manchem noch zu einem freudigen Gesicht. Nur schweren Schmerzens konnten sich die Kollegen trennen in dem Bewußtsein, einige recht gemüthliche Stunden innerhalb unsres kleinen Ortsvereins verbracht zu haben.

g. Schleswig. Unsere Jahreshauptversammlung am 25. Januar war sehr gut besucht. Nachdem der Punkt „Eingänge und Mitteilungen“ erledigt war, gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Er machte in seinen interessanten Ausführungen einen Streifzug durch die Geschichte des Ortsvereins im vergangenen Jahre und ließ alles noch einmal lebendig werden. Im weiteren Verlauf kam er auf die allgemeine wirtschaftspolitische Lage mit ihren Auswirkungen für die Arbeiterschaft zu sprechen. Der Kassierer gab den Kassenbericht. Erfreulich war die Feststellung, daß gegen Ende des Jahres sich die Kassenverhältnisse besserten und die Bilanz mit einem Überschuß abschließt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Beihilfsleiter gab einen kurzen Bericht über die Arbeit in der Beihilfsabteilung. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Als Beihilfsleiter wurde Kollege Jelle neu gewählt. Der vorgelegene Vortrag des Kollegen Lorenzen (Kiel) von Gavourstand über „Was leistet die staatliche Invalidenversicherung?“ mußte wegen Sterbefalles in der Familie des Referenten ausfallen. Der Vortrag wird in der nächsten Versammlung gehalten werden. Der Punkt „Verschiedenes“ gestaltete sich sehr interessant; es handelte sich zum Teil um interne Ortsvereinsangelegenheiten. In vorgerückter Stunde schloß der Vorsitzende die wirklich interessant und anregend verlaufene Versammlung mit den Worten, daß heute mehr denn je ein treues Zusammenhalten der Kollegenschaft dringende Notwendigkeit sei.

Schwetzn i. W. Unsere Generalversammlung am 3. Februar war recht zahlreich besucht. Der Vorsitzende gab die Eingänge und die Mitliederbewegung bekannt. Das Verhalten eines älteren Kollegen in einer kleineren Firma, der nach achtstündiger Arbeitszeit noch von abends 7 Uhr bis morgens 3 Uhr Überstunden geleistet hat, wurde scharf gerügt. Über die Firma Richard Herms Verlag, Hamburg, Abteilung Druckerei Schwetzn, wurde wegen unartikliger Verhältnisse und Ablehnung jeglicher Verhandlungen im Einverständnis mit dem Gavourstand die Sperre verhängt, die inzwischen wieder aufgehoben wurde. Ein Ansuchen um Aufnahme wurde mit großer Mehrheit abgelehnt, da der Betreffende mit den andern Kollegen den Betrieb der Firma Herms verlassen und somit einen Teil seiner Vorkosten wieder gut gemacht hatte. Die Abrechnung vom letzten Wertesjahr 1929 schloß mit einem Defizit. Der Vorsitzende bezeichneter im Jahresbericht das Jahr 1929 als das schlechteste in der Geschichte des Schwetzn Ortsvereins. Das Eingehen der deutschnationalen „Mecklenburger Nachrichten“ und der spätere Konkurs der Firma Dieckhoff & Co., bei der über 40 Kollegen beschäftigt

waren, brachten uns eine außerordentlich hohe Zahl von Konditionslösen. Erfreulich war der Bericht des Beihilfsleiters. Die Mandolinengruppe, in der sich auch eine Anzahl junger Kollegen betätigte, hat wiederholt mit gutem Erfolg bei den Veranstaltungen des Ortsvereins mitgewirkt. Der Vorstand wurde bis auf den Schriftführer, der eine Wiederwahl ablehnte, und den Beihilfsleiter, der uns leider durch Verlegung der Raiffeisen-Druckerei nach Klostorf verlassen muß, einstimmig wiedergewählt.

Stendal. (Handseher.) Am 22. Dezember hatte hier eine Versammlung zwecks Gründung einer Handseherpartei stattgefunden. Kollege Mayland (Halle) sprach über das Thema: „Warum auch noch Handseherpartei?“ und gab einen kurzen Rückblick über die Entstehung derselben. Das Referat fand aufmerksame Zuhörer. Dann wurde zur Gründung der Vereinigung geschritten und die Vorstandswahl vorgenommen. Gewählt wurden die Kollegen Fr. Dietrich als Vorsitzender und G. Bockarius als Kassierer. Von 35 Handsehern traten 30 der Vereinigung bei. Der Beitrag wurde auf 10 Pf. pro Woche festgelegt. — Am 31. Januar fand nun die erste Versammlung statt, in der die Tagesordnungspunkte der Gaufonferenz in Halle behandelt wurden. Als Delegierter zur Vorstandsfonferenz wurde der Vorsitzende gewählt. Mit der Hoffnung, daß die neugegründete Handsehervereinigung mit den andern Sparten Hand in Hand arbeiten möge zum Segen unserer Gesamtorganisation, nahm die Versammlung ihr Ende.

Stettin. (Maschinenseher.) Am 26. Januar fand unsere gut besuchte Generalversammlung statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde eines in Greifswald verstorbenen Kollegen ehrend gedacht. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden Dollke kamen verschiedene Eingänge zur Verlesung. Anschließend an die Erledigung von Neuaufnahmen gab der Kassierer den Kassenbericht über das vierte Vierteljahr 1929. Der Jahres- und Kassenbericht lagen gedruckt vor. Alsdann wurden die Anträge zur Gründung einer Keilquisthulstasse beraten und der Beschluß gefaßt, pro Mitglied und Woche 5 Pf. dazu zu zahlen. Innerhalb der Pommerischen Maschinensehervereinigung ist die Bezirksgruppe „Posen-Westpreußen“ mit dem Sitz in Schneidemühl gegründet worden. (Vorsitzender und Kassierer Paul Rud.) Hieraus ergaben sich einige kleinere Satzungsänderungen, die auch angenommen wurden. Trotz der Bitte des Vorsitzenden, ihn von seinem Posten zu entbinden, den er bereits seit 22 Jahren innehat, wurde er bei der Abstimmung mit 25 Stimmen wiedergewählt. Der übrige Vorstand blieb in seinen Ämtern. In die Technische Kommission wurde für Typograph Kollege Strengel (Altbamn) neugewählt. Kollege Feinger (Stettin) für Linotypie wiedergewählt. Unter „Verschiedenem“ machte Gavourseher Reinke einige sehr interessante Ausführungen. — Hieran schloß sich ein gemüthliches Beisammensein aller Kollegen mit ihren Familien. Anwesend waren 44 Kollegen. Auswärtige Kollegen waren erschienen aus Altbamn, Gollnow, Räbes, Pasewalk, Pripitz, Stargard und die Delegierten der Bezirke Greifswald, Kolberg und Schneidemühl.

Stuttgart. (Handseher.) Am 25. Januar beging die hiesige Vereinigung ihre Gründungsfest im vollendetsten großen Saal des „Gour-Weißer-Hauses“. Wir können sagen, daß diese Veranstaltung nicht nur den Vorstand, sondern alle daran beteiligten Kollegen nebst Angehörigen vollauf befriedigt hat. Waren doch die Sänger der „Buchdrucker-Gesellschaft“ fast vollständig unserer Einladung gefolgt, und durch ihre bekannt guten Leistungen sicherten sie sich ein Ruhmesblatt bei den Anwesenden. Kollege S. Schmeder freute sich durch einige sehr gute Tenorsolos, eine uns besprenkelte Musikkapelle sorgte für die musikalische Unterhaltung, und ein bekannter Humorist dafür, daß die Lachmuskeln in Bewegung kamen. Vorsitzender G. Schick begrüßte die Anwesenden, dankte den Sängern für ihr Erscheinen und gab ein Begrüßungstelegramm des zur Erholung von Stuttgart abwesenden Gavourseheres Kollegen Klein bekannt. Dann führte er in kurzen Zügen den Anwesenden nochmals Zweck und Ziel der Handseherpartei vor Augen und forderte die Kollegen auf, dafür zu sorgen, daß auch die Handseher sich ihrer Sparte anschließen, um als solche nicht nur ihre besonderen Belange zu vertreten, sondern auch als starkes Glied für die Allgemeinheit zu wirken. Kollege Wagner brachte einen von ihm verfaßten Prolog unter Beifall der Anwesenden zur Gehör. Ein flotter Tanz beschloß die gut verlaufene Veranstaltung. Zum Schluß möchten wir nicht vergessen, dem zum großen Teil erschienenen Gavourstand, den Vertretern der Sparten sowie insbesondere den Sängern, dem Kollegen S. Schmeder und allen Mitwirkenden unsern besten Dank auszusprechen. Auch unsern Vorstandsmitgliedern, Kollegen Reinhardt, sei für den Entwurf und Satz des gut ansprechenden Programms bestens gedankt. Mögen die uns fernstehenden Kollegen endlich den Weg zur Sparte finden und vereint mit uns für das Wohl der Handseher und der Allgemeinheit wirken!

Regesat-Blumenthal. Unsere Hauptversammlung am 18. Januar hätte in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung einen zahlreicheren Besuch aufweisen müssen. Namentlich hatten es von den 11 in Blumenthal beschäftigten Kollegen 10 nicht für nötig befunden, zu erscheinen. Im übrigen waren die Monatsversammlungen des letzten Jahres im Durchschnitt besser besucht als im Jahre 1928. Die Mitliederzahl betrug am 1. Januar 1929 34 und am 31. Dezember 39. Arbeitslos waren im Durchschnitt 6 und trant 9 Kollegen. Es wurde beschloßen, zu dem Handseherfest in Bremen einen Delegierten zu entsenden, um eventuell der Gründung einer Handseherpartei am Orte näherzutreten zu können. Auch wurde beschloßen, denjenigen Kollegen, die schon längere Zeit arbeitslos waren, eine einmalige Unterstützung zukommen zu lassen. Bekanntgegeben wurde ferner, daß auf 35 beschäftigte Kollegen in unserm Ortsvereinsbezirk 8 Beihilfer kommen. — Den Schluß der Versammlung bildete ein gemüthliches Beisammensein.

Walsenburg (Schles.). (Drucker.) Am 26. Januar fand unsere Bezirks-Hauptversammlung statt. Nach Begrüßung aller Erschienenen durch den Vorsitzenden gab Kollege Zickel den Kassenbericht, der in bester Ordnung war und auch einen schönen Bestand aufwies. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Nun folgte ein sehr interessanter Vortrag des Kollegen Weber (Breslau) über den Tiefdruck, der bei allen Kollegen großen Anklang fand und auch lebhaft besprochen wurde. Als erster Vor-

sitzender wurde Kollege Graneer wiedergewählt. Kollege Zickel trat von seinem Posten als Kassierer zurück und übernahm das Amt des zweiten Vorsitzenden. Mit den Kassengehäften wurde Kollege Biech betraut.

Weimar. (Handseher.) Am 31. Januar fand unsere Hauptversammlung statt. Kollege Schäfer berichtete von der ersten Vorstandsfonferenz, die am 15. Dezember hier stattfand. Mit der Erhebung eines Gavourtrages von 10 Pf. pro Mitglied und Mitlieber, wie überhaupt mit allen Beschloßen, die dort gefaßt wurden, erklärte man sich einverstanden. Weiter nahm man mit Interesse Ausführungen des Kollegen Schäfer entgegen, die die weitere Agitation im Gau betreffen. Sodann schritt man zur Bildung einer Berechnungskommission, die gleichzeitig als Berechnungskommission für den Gau gebildet ist. Sie legt sich aus drei Kollegen zusammen. Die Adresse des Obmannes lautet: Otto Scheffel, Weimar, Vertuschstraße 51. Hoffentlich wird diese neu geschaffene Einrichtung von den Kollegen des Gaves recht oft in Anspruch genommen. Der bisherige Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt, auch die Beiträge und Leistungen bleiben dieselben. Mit dem Wunsch, für eine weitere Aufwärtsbewegung unserer Vereinigung besorgt zu sein, fand die interessant verlaufene Versammlung ihr Ende.

Allgemeine Rundschau

Allgemeiner Johannistkarten-Wettbewerb. In dem am 1. März erscheinenden dritten Heft der „Typographischen Mitteilungen“ wird u. a. ein Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen zu einer Johannistkarte im Format Din A 6 (Postkartengröße), ein- oder zweiseitig, ausgeführt. Karten- und Farbenwahl steht frei. Mehr als zwei Druckgänge sind unzulässig. Text wird nicht vorgeschrieben, muß aber dem Zweck entsprechen. Nur Schriftgittermaterial, Zeichnung und Schnitt nicht zulässig. Kontrollabschnitt ist im Entwurf zu berücksichtigen (Streifen oder Ede). Kennwort soll in die Karte unter Ede gestellt werden. In verschloßenem Umschlag mit gleichem Kennwort ist Name und Anschrift des Verfertigers der Sendung beizulegen, ebenso ein Ausweis über die Mitgliedschaft. Die Sendungen sind zu richten an die Schriftleitung der „Typographischen Mitteilungen“, Berlin SW 61, Dreißigstraße 5, mit dem Vermerk „Wettbewerb“. Fester Tag der Einlieferung 10. März 1930. Die Bewertung geschieht durch die Redaktionskommission der „Typographischen Mitteilungen“ nach den Richtlinien des Bildungsverbandes. Gemäß der Anzahl der eingegangenen Arbeiten stellt der Hauptvorstand des Bildungsverbandes eine Anzahl Bühlerpreise zur Verfügung, als erste Preise Leberbände von Wertes der Wüßergilbe Gutenberg. Geldpreise werden nicht verteilt. Es handelt sich also gewissermaßen um einen ideellen Wettbewerb, dem im laufenden Jahre noch andre Wettbewerbe folgen sollen.

Berliner Kunstgewerbe- und Handwerker-Schule. Gelegenheit zur weiteren Berufsausbildung in geschmacklicher wie technischer Beziehung bietet sich für vorwärtstrebende Geheilen der graphischen Gewerbe in den neuerrichteten ausgebauten graphischen Werkstätten der Kunstgewerbe- und Handwerker-Schule in Berlin O, Andreasstraße 1/2. Zur Zeit stehen zur Verfügung Werkstätten für: Lithographie, Stein- und Offsetdruck, Schriftsatz und Buchdruck, Tiefdruck, Kabinierung, Kupferdruck, Gebrauchsgeschäft, Photographische Vervielfältigungsverfahren, Holz- und Linoleumschnitt, Buchbinderei. Es wäre allen Angehörigen des graphischen Gewerbes zu empfehlen, diese von der Berufspraxis anerkannte Fortbildungsmöglichkeit auszunutzen. Besonders dafür geeignet ist der Besuch der Tagesklasse, die in neuzeitlicher Art über alles das unterrichtet, was der Strebende im graphischen Gewerbe braucht. Anmeldungen und Auskunft im Sekretariat der Schule.

Ein „menschenfreundliches“ Angebot. Als ein trauriges Zeichen der Zeit muß man es werten, wenn Prinzipale oder Geschäftsführer versuchen, die gegenwärtige große Arbeitslosigkeit zu ihrem Vorteil auszunutzen. Es mehren sich die Verjudice auf Prinzipalsseite, die tarifliche Bestimmungen zu umgehen und Sonderverträge mit dem Prinzip unartikliger Entlohnung mit jungen Geheilen abzuschließen. Dem in Nr. 15 des „Korr.“ tonterfernten „Wuterpriuzipal“ in Oppeln können wir heute einen ebenbürtigen Zeitgenossen an die Seite stellen. In einem uns zugelegenen Schreiben des Buchdruckereibesizers Leo Wegel in Karlsruhe, Mitglied des DVB, an einen jungen arbeitslosen Geheilten findet sich folgender Passus:

Falls Sie noch längere Zeit ohne Arbeit blieben, kommen Sie wieder aus der Übung und ist ein Fortkommen dadurch sehr erschwert. Da Sie sich als strebamer, ehlicher Charakter erwiesen, können Sie eventuell zu einem reduzierten Lohn sich bei mir als Volontär für ein Jahr eine Stellung sichern (falls bei Ihrem Angebot genügend Arbeit vorliegt), wie Ihnen das von mir mündlich angeboten wurde. Mit Schillers schönem Wort „In der Not allein bewahrt sich der Adel großer Seelen“, ist das eigenartige Angebot des Karlsruhe'iger Prinzipals an den arbeitslosen Geheilten, der „sich als strebamer, ehlicher Charakter erwiesen“, keineswegs in Einklang zu bringen.

Die Konzentration der Presse. In den zu diesem Thema im Feuilleton der Nummer 11 vom 5. Februar d. J. gebrachten Mitteilungen war u. a. zu lesen, daß die Jeno (Zeitungsverlags-gesellschaft Nordwestdeutschland) unter Führung des bekannten Zentrumspolitikers und industriellen Altdner steht. Wie uns dazu von der Jeno, Zeitungsverlags-gesellschaft Nordwestdeutschland u. B. 3. in Münster i. W., geschrieben wurde, ist diese Bemerkung unzutreffend. Die Jeno sei vielmehr eine Verlags-gesellschaft unter eigener Regie von 13 ihr angeschlossenen Verlegern mit 28 Zeitungen. Konkreterweise nehmen wir von dieser Mitteilung hiernit Notiz.

Zeitungs-wissenschaftliche Vereinigung. Bei einer kürzlich im Deutschen Institut für Zeitungs-kunde zu Berlin unter der Leitung von Professor Martin Spahn (Köln) abgehaltenen Tagung wurde eine zeitungs-wissenschaftliche Vereinigung gegründet, deren Aufgabe die Förderung der Zeitungs-wissenschaft in Lehre und Forschung bilden soll. Die Konferenz befaßte die engere wissenschaftliche Zusammenarbeit der Institute, die richtige und gleichmäßige Eingliederung der Zeitungs-wissenschaft in den Rahmen

